



## Hartz IV und die Folgen

# Masterplan zur sozialen Spaltung

VON JOACHIM BISCHOFF

Die gesamte politische Klasse war nach den spontanen Protestdemonstrationen gegen Hartz IV – vor allem in Ostdeutschland – kurzzeitig irritiert. Der CDU-Ministerpräsident von Sachsen, Milbrandt, überlegte sogar öffentlich, sich an den Montagsdemonstrationen zu beteiligen. Sogenannte handwerkliche Fehler wurden beseitigt und die Regierung hat eine „Informationskampagne“ gestartet.

Anschließend war von Regierungsparteien und bürgerlicher Opposition der bekannte Tenor zu vernehmen: Die Reformen gehen in die richtige Richtung, sie brauchen Zeit, um Wirkung zu entfalten und verstanden zu werden. Die rot-grüne Regierung verweist erleichtert auf die neuesten Demoskopie-Werte: In der Bevölkerung wachse das allgemeine Reformverständnis. „Nach 35% zu Jahresbeginn und 39% Ende Juni halten Ende August 46% aller Deutschen die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Maßnahmen generell für richtig.“ Zwar sehen nach wie vor 49% in den Neuerungen in den Bereichen Gesundheit, Rente, Arbeitsmarkt und Steuern den falschen Weg. Und rund 40% fühlen sich über die Hartz-Gesetze nicht ausreichend informiert. Gleichwohl signalisieren Regierung und Opposition das berühmte „Weiter so“.

### Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

Mit dem Gesetzespaket Hartz IV soll der Radikalumbau des Arbeitsmarktes und die größte „Sozialreform“ in der Geschichte der Bundesrepublik abgeschlossen werden. Es geht um die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Die Veränderungen sind unbestritten dramatisch.

Die Regierung behauptet: Menschen in Arbeit zu bringen, ist unser oberstes Ziel. Schon die bisherigen Hartz-Gesetze (Hartz I bis III) hätten neue Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet, darunter Minijobs, Ich-AGs und neue Formen von Zeitarbeit. Mit Hartz IV werde das Hin- und Herschieben von Langzeitarbeitslosen zwischen Arbeitsagentur und Sozialamt beendet.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Der Masterplan von Hartz zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit vom 16. August 2002 sah vor, durch die Beschleunigung der Arbeitsvermittlung sowie Ausweitung von Leiharbeit, Mini-Jobs und neuer Selbstständigkeit (Ich-AG) die Arbeitslosigkeit in drei Jahren zu halbieren.

Die Tatsachen sind:

- In Zeiten anhaltenden Beschäftigungsabbaus in den Betrieben ist an beschleunigte Vermittlung nicht zu denken.
- Die Leiharbeit in Personal-Service-Agenturen – das Hertzstück der „Entriegelung des Arbeitsmarktes“ – ist ein Flop; Leiharbeit wird prozyklisch nachgefragt, taugt also wenig in Zeiten der Beschäftigungskrise.
- Im Jahr 2003 wurden von den PSA's nur 15 600 Menschen in Dauerarbeitsplätze vermittelt, statt der geplanten 350 000.

*Demonstrationen gegen Hartz IV. Nicht nur in Leipzig, sondern auch in anderen ost- und westdeutschen Städten gehen die Menschen auf die Straße und protestieren „für Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität“.*  
Foto: dpa

- Über die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse/Mini-Jobs liegen ganz unterschiedliche Angaben vor: von 7,6 Millionen bis zu den von der Bundesagentur ausgewiesenen 4,2 Millionen; wie auch immer: Der Zusammenhang von Arbeit und eine Existenzsicherung wird weiter aufgeklopft, denn von 400 Euro im Monat kann niemand in der Berliner Republik menschenwürdig seinen Lebensunterhalt bestreiten. Außerdem sind die Sozialkassen die Leidtragenden, wenn immer mehr Normalarbeitsverhältnisse in Minijobs umgewandelt werden und folglich die Sozialabgaben geringer ausfallen.

- Die Ich AG – das Unwort des Jahres – boomt; für viele eine Notlösung, um den Absturz in die Armut hinauszuzögern.

Zählten wir im August 2002 noch 27,6 Millionen Sozialversicherungspflichtige Jobs, so ist deren Zahl bis August 2004 um über 1 Million zurückgegangen. Nach zwei Jahren Hartzerei ist die Arbeitslosigkeit gestiegen, eine Halbierung innerhalb von drei Jahren pure Illusion. Grund: Der gesamte Ansatz ist falsch. Die Schaffung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze stand nie auf der Hartz-Agenda. Die Diagnose der Krise war und ist falsch, folglich zielt die Therapie nicht auf Linderung, sondern auf eine preiswertere Bewirtschaftung der Massenarbeitslosigkeit. Von zielgerichteter Förderung und intensiver Beratung ist heute keine Rede mehr. Übrig bleibt: Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld ist gekürzt, die Zumutbarkeitsbedingungen sind weiter verschlechtert, der Kündigungsschutz wurde nochmals durchlöchert und die Arbeitslosenhilfe wird gestrichen.

### Hartz IV Armutsprogramm oder unberechtigte Sorgen?

Die Unterstützungsleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit werden ab Januar 2005 völlig neu geregelt. Künftig wird im Regelfall nur noch für zwölf Monate die „Versicherungsleistung“ Arbeitslosengeld I bezahlt. Meldefristen und sonstige Auflagen sind erheblich verschlechtert worden. Dieses Sozialeinkommen orientiert sich am Arbeitslohn des letzten Beschäftigungsverhältnisses. Dieser Lohnbezug gilt künftig für das Arbeitslosengeld II nicht mehr, mit dem die Langzeitarbeitslosen und die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger auskommen müssen. Es handelt sich um eine steuerfinanzierte staatliche Hilfsleistung, die sich am Grundsatz der Bedürftigkeit orientiert. Bei der Bedürftigkeit werden nicht nur die persönlichen Verhältnisse unter eine bürokratische Lupe genommen, sondern auch die gesamte „Bedarfsgemeinschaft“, d.h. Lebenspartner und Kinder. Die rot-grüne Regierung verhält sich zu dem unbestreitbaren Faktum, dass rund 75% der früheren Arbeitslosenhilfeempfänger eine geringere oder gar keine finanzielle Unterstützung erhalten, nicht. Sie wiegelt gleichermaßen ab, was die Regelung von angemessenem Wohnraum, angemessenem

Pkw und die Anrechnung von früher erworbenen Ersparnissen oder Vermögen angeht. Die Ausführungsbestimmungen, die das Geschäft der Bürokratie regeln sollen, machen – zu Recht – vielen Betroffenen Angst.

Die Regierungskoalition hat jetzt eingeräumt, dass hier etliche handwerkliche Fehler vorliegen und gelobt Besserung. Ein besonders krasser „Pfuscher“ war die Absicht von Superminister Clement und Finanzminister Eichel, das neue Arbeitslosengeld II im Jahr 2005 nur elfmal auszahlen (Einsparung 800 Mio. Euro) zu wollen. An diesem Zynismus wird freilich der ganze Sinn der Operation deutlich: Die Regierungskoalition versteht unter sozialer Gerechtigkeit, dass das bisherige Niveau des untersten Netzes der sozialen Sicherung zu hoch sei; es müsse aus Gründen der Förderung der Arbeitsamkeit und der Sanierung der öffentlichen Finanzen abgesenkt werden. Ein Verhältnismäßigkeit der Lastenverteilung ist mit Blick auf die Absenkung des Spitzensteuersatzes, der Abschreibungsbedingungen von Verlusten für Großunternehmen, Versicherungsgesellschaften etc. oder die Besteuerung von Vermögenseinkommen dabei schon lange nicht mehr gegeben.

Die Befürchtung, künftig weniger Leistungen zu bekommen, sei nicht berechtigt, sagt Bundeskanzler Schröder. Die meisten Betroffenen würden künftig mehr bekommen – diejenigen, die früher Sozialhilfe bezogen haben und mindestens ein Drittel der bisherigen Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe. Und wie sehen die Fakten aus:

Für Bezieher/innen von Arbeitslosenhilfe gilt ab dem 1. Januar 2005:

- 27% erhalten überhaupt keine Zahlungen mehr wegen Anrechnungen von Partnereinkommen etc.,
- 47% bekommen weniger,
- 9% erhalten nahezu identische Leistungen.

Die Regierung behauptet weiter: „Für bisherige Sozialhilfeempfänger gibt es erstmals eine wirkungsvolle Arbeitsförderung sowie den Versicherungsschutz der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung.“ Richtig ist, dass die Einbeziehung auf das Mindestniveau der Alterssicherung, sowie die Beteiligung an Kranken- und Pflegeversicherung ein Fortschritt sind.

Der Regelsatz der Sozialhilfeempfänger betrug bislang 296 Euro (Haushaltsvorstand). Ab 1. Januar 2005 liegt der Regelsatz für ALG II bei 345 Euro West/331 Euro Ost; hinzu kommen Miete und Heizung. Der Aufschlag von 49 Euro monatlich muss aber im Zusammenhang mit dem Wegfall der Bekleidungsbeihilfe, der Weihnachtsbeihilfe, allen einmaligen Leistungen bei Reparaturen und Anschaffung von langfristigen Gebrauchsgütern gesehen werden. Es gibt keine ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt mehr, wenn die Regelleistung im Einzelfall nicht ausreicht. Die Regelleistung ist für die meisten Menschen niedriger als der bisherige Regelsatz nach dem

Bundessozialhilfegesetz. Die meisten Experten, beispielsweise vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, können hier keine Verbesserungen erkennen. Ob Verschlechterungen durch bessere Betreuung und Förderung aufgewogen werden, ist sehr zu bezweifeln.

## Zuverdienst durch Arbeitsmöglichkeiten

Als besondere Neuerung wird ausgegeben, dass Bezieher von ALG II dazu verdienen können. Dass diese Krisenopfer mit einem Minijob oder einem Normalarbeitsverhältnis ihre Haushaltskasse aufbessern, dürfte allerdings die berühmte Ausnahme bleiben. Dafür dass die Aufbesserung nicht zu gut ausfällt, sorgen die engen Vorschriften, mit denen die Grenzen für den Zuverdienst abgesteckt sind. Die Regierung hat dabei auch etwas ganz ande-

Höhe von 6,35 Mrd. Euro, um 600 000 bis 850 000 so genannte 1-Euro-Jobs zu schaffen.

## Wofür stehen die Neuerungen von Hartz I bis IV?

Mit diesen Billiglohn-Angeboten werden Menschen unter Androhung von Sanktionen in Tätigkeiten gepresst. Der Druck auf bestehende Erwerbs- und Lohnarbeitsplätze wird massiv erhöht. Viele Handwerker und kleinere Unternehmen sehen in diesem „Instrument“ zu Recht einen Ansatz zur Zerstörung von bestehenden Geschäftsfeldern und Arbeitsplätzen.

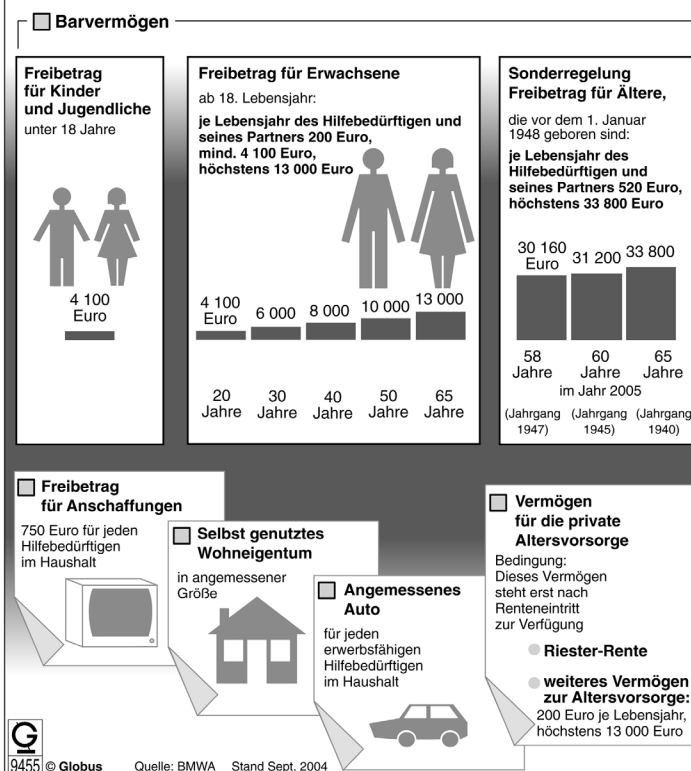
Die rot-grüne Regierungskoalition legitimiert ihre soziale Einseitigkeit und ihren politischen Zynismus mit der Erwartung, bald werde der Arbeitsmarkt expandieren. In der Tat steht das Projekt Hartz – „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ – für den berühmten Masterplan, in drei Jahren könne eine Halbierung der Massenarbeitslosigkeit erreicht werden. Startpunkt war der Herbst 2002 und kein ernstzunehmender politischer Beobachter wird diesem „Masterplan“ im Herbst 2004 noch eine Realisierungschance einräumen. Im Gegenteil: Wenn die konjunkturelle Erholung der Globalökonomie ihren zyklischen Höhepunkt bereits überschritten hat und sich die kapitalistischen Hauptländer auf eine erneute zyklische Schwächephase einstellen müssen, heißt dies für die nächsten Jahre für die Berliner Republik eine weitere Verschlechterung der „Arbeitsmarktbilanz“.

- Die Hartz-Gesetze wurden durchgepackt von einer großen Koalition aus SPD, Grünen, CDU und CSU.
- Nun reagieren sie wie ertrappte Diebe.
- Von den Versprechungen ist nichts geblieben: weder mehr Arbeit noch verbesserte Förderung und Beratung.
- Der Druck auf die Arbeitslosen wird verstärkt, hinter jeder auch noch so prekären, unqualifizierten, nicht-existenzsichernden Arbeit zwischen Flensburg und Freiburg hinterher zu jagen.
- Die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Entrechtlichung der Lohnarbeit schreitet voran.

Der Umbau des unteren sozialen Sicherungssystems ist nicht nur sozial ungerecht und politisch zynisch; es ist auch unter dem Blickwinkel der Gesamtwirtschaft kontraproduktiv: Die Kürzung der Sozialerlöse wird – nicht nur in den neuen Bundesländern – die Binnenwirtschaft weiter schwächen. Die rot-grüne Regierungskoalition hat sich nicht nur von ihren WählerInnen entfernt, sie hat sich auch vom wirtschaftlichen Sachverstand völlig verabschiedet. Sie rennt immer tiefer in die gesellschaftspolitische Sackgasse, lamentiert über einen Käufer- oder Verbraucherstreit und versteht nicht, weshalb größere Teile ihrer Wählerschichten ihr die Gefolgschaft gekündigt haben.

## Arbeitslosengeld II: Die Freibeträge fürs Vermögen

Das wird nicht (oder bis zu diesen Grenzen nicht) auf das Arbeitslosengeld II angerechnet:



res im Sinn: die sogenannten Arbeitsmöglichkeiten im öffentlichen Bereich. Diese müssen angenommen werden, ansonsten kann der Leistungsbezug gekürzt werden. Für diese Arbeitsmöglichkeit soll es künftig einen Zuverdienst von 1 bis 2 Euro pro Stunde gegeben.

Selbstverständlich weist die Regierungskoalition jedwede schlechte Absicht – Neuaufgabe eines Reichsarbeitsdienstes – weit von. Sie will auch nicht hochqualifizierte Arbeitssuchende mit körperlicher Arbeit quälen. Nein, die Regierung weiß, dass unter den über vier Millionen gemeldeten Arbeitssuchenden viele Qualifizierte zu finden sind – von dem Krankenpflegepersonal bis hin zu Pädagogen. Weil künftig die Zivildienstleistenden wegfallen, erschließt sich die politische Klasse ein Arbeitskräftereservoir, um einem akuten oder drohenden Notstand bei den Wohlfahrtsverbänden zu beseitigen. Die Kommunen, Wohlfahrtsverbände etc. erhalten im kommenden Jahr vom Finanzminister eine Zuweisung in